

# Vom Internet auf die Strasse

Referendum gegen Biometrie-Pässe ist im Internet gestartet – doch ohne Strassenaktionen hätte es nicht geklappt

Im Schatten des Referendums gegen die Personenfreizügigkeit hat eine bunte Koalition aus links-grünen und rechts-konservativen Gruppierungen Unterschriften gegen die Einführung biometrischer Pässe gesammelt. Sie kritisiert den «Ausbau des Überwachungsstaates».

CHRISTOF FORSTER

Vergangene Woche gingen bei der Bundeskanzlei Unterschriften für gleich zwei Referenden ein: Gegen die Personenfreizügigkeit (vgl. Artikel rechts) und gegen die Einführung von biometrischen Pässen. Weil bei der Personenfreizügigkeit die gesamten Beziehungen mit der EU auf dem Spiel stehen, lag der mediale Fokus an diesem Tag – wie auch schon in den Wochen zuvor – auf diesem Referendum.

Trotz relativ geringem öffentlichen Widerhall ist es dem Komitee gegen Biometrie-Pässe gelungen, genügend Unterschriften zu sammeln. Zu den vom Komitee genannten 55 000 Unterschriften sind praktisch in letzter Sekunde noch 3000 weitere bei der Bundeskanzlei eingereicht worden. Damit ist die Sicherheitsmarge komfortabel gross, damit nach der Prüfung der Bundeskanzlei mehr als die geforderten 50 000 Unterschriften verbleiben. Die Bundeskanzlei wird das Referendum in den nächsten Wochen für offiziell gültig erklären. Frühstmöglicher Abstimmungstermin ist der 17. Mai 2009. Damit ist klar, dass das Gesetz nicht am gleichen Tag vors Volk kommt wie die Personenfreizügigkeit. Im Umfeld des Komitees ist man froh darüber. Bei gleichem Abstimmungsdatum hätte die Gefahr bestanden, dass das Referendum vom erwarteten Ja-Sog für die Personenfreizügigkeit mitgerissen worden wäre. Denn letztlich richteten sich beide Referenden gegen die EU.

## US-Kampagnen als Vorbild

Bereits wurde die Unterschriftensammlung gegen Biometrie-Pässe als erstes Internet-Referendum gefeiert. Tatsächlich kamen die ersten 10 000 Unterschriften über Internet-Kanäle zustande. Computerfreaks seien sensibel gegenüber Themen wie Datenschutz und staatliche Überwachung, sagt Lukas Reimann. Der St. Galler SVP-Nationalrat macht bei beiden Referenden mit. Zu Be-



So sieht der Schweizer Pass mit **biometrischen Daten** aus. Neben dem konventionellen Pass ist er bereits heute als Prototyp erhältlich, künftig sollen die Bürger nicht mehr wählen können. KEYSTON

## Gegen «Biometriezwang»

Ab 2010 enthalten alle neuen Schweizer Pässe und Identitätskarten einen Chip mit biometrischen Daten zu Gesicht und Fingerabdruck. Diese Daten werden in einem zentralen Register beim Bund gespeichert. Das Referendumskomitee kritisiert den «Biometriezwang»: In der Schweiz

können künftig die Bürger nicht mehr wählen, ob sie einen Pass mit oder ohne biometrische Daten wollen. Mit der der unnötigen zentralen Speicherung der Daten gingen Bundesrat und Parlament zudem weit über die Forderungen der EU und der USA hinaus. Das Komitee befürchtet auch,

dass die über elektromagnetische Wellen transportierten Informationen auf den Chips in falsche Hände geraten könnten. Es sei auch stossend, dass die Informationen auf den Pässen an private Stellen wie Fluggesellschaften oder Sicherheitsfirmen weitergegeben werden könnten. (for)

ginn hat das Komitee seine Botschaft per E-Mail, in Blogs und Diskussionsforen verbreitet – nach dem Vorbild amerikanischer Kampagnen wie jener des Präsidentschaftskandidaten Ron Paul. Der 72-Jährige hatte zwar im Rennen um die Kandidatur der Republikaner keine Chance. Es gelang ihm aber, übers Internet beträchtliche Summen an Spendengeldern zu sammeln.

## Berner SP-Nationalrätin dagegen

Auch die Erfahrungen des Biometrie-Pass-Referendums zeigen, dass reine Internet-Kampagnen keine Chance haben. Ohne klassische Sammelaktionen auf der Strasse wäre das Referendum klar gescheitert. Mehr als drei Viertel der Unterschriften habe man auf diesem Weg gesammelt, sagt Komitee-Sprecher Robert Devenoges. Dem Komitee, das aus vier politisch unerfahrenen Privatpersonen besteht, kam sehr gelegen, dass sich die Grünen, Teile der Jungsozialisten und der Jungen SVP, die PdA, die EDU sowie Gruppierungen vom linken und rechten politischen Rand dem Referendum anschlossen. So profitierte das Komitee indirekt von den Adresskarteien dieser Parteien für den Versand von Unterschriftenbögen. Die Parteien gingen auch mit eigenen Leuten für Sammelaktionen auf die Strasse. Unterstützung erhielt das Referendum zudem von Bundesparlamentariern der Grünen, der SP und der SVP. Aus dem Kanton Bern ist die SP-Nationalrätin Margrit Kiener Nellen auf der Homepage des Referendums aufgeführt.

Auf solchen Support konnte das Referendumskomitee gegen die Personenfreizügigkeit nicht zählen. Ihm blieben die einschlägigen Adresskarteien verschlossen. Das Komitee hatte auch keine Unterstützung von linker Seite. Dies erklärt, wieso das Referendum gegen die Personenfreizügigkeit trotz grosser Medienpräsenz so harzig lief.

## Anonymes Komitee

Wer den Abstimmungskampf gegen die Biometrie-Pässe führen wird, ist noch nicht geregelt. Bis anhin sind die Mitglieder des Referendum-Komitees weitgehend im Hintergrund geblieben, weil sie laut Komitee-Sprecher Devenoges nicht auf immer und ewig mit dem Referendum verbunden bleiben wollen. Geoutet hat sich nur der 47-jährige Basler Kaufmann Roger Buchschacher. Er ist für den Internetauftritt des Komitees zuständig.

## Das Volk entscheidet

**PERSONENFREIZÜGIGKEIT** Das Volk entscheidet am 8. Februar definitiv über die Weiterführung und die Erweiterung der Personenfreizügigkeit mit der EU: Von den 51 941 Unterschriften für das Referendum, die letzte Woche eingereicht wurden, sind 51 348 gültig.

Es sei ein grossartiges Gefühl, es geschafft zu haben, sagte Bernhard Hess, Geschäftsführer der Schweizer Demokraten (SD), zum «Bund». Dies auch angesichts des Umstands, dass die SVP und die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) dem Referendumskomitee massiv Knüppel zwischen die Beine geworfen hätten. Wenn sich die Wirtschaftslage verschlechtere, bestehe die Chance, dass die Personenfreizügigkeit vom Volk kritisch beurteilt werde.

Das Referendum war von einem überparteilichen Komitee ergriffen worden. Die meisten Unterschriften hat laut den Referendumsführern die Junge SVP gesammelt. Massgeblich beteiligt waren die Lega dei Ticinesi, die SD und die SVP-nahe Jugendorganisation «Young4FUN».

Die SVP steht nun vor einer schwierigen Parolenfassung an ihrer Delegiertenversammlung vom 29. November. Sie hatte sich auf Geheiss Christoph Blochers gegen ein Referendum ausgesprochen, nachdem das Parlament die Fortsetzung der Personenfreizügigkeit und die Erweiterung auf Bulgarien und Rumänien in eine Vorlage gepackt hatte. Auch die Auns sprach sich danach gegen ein Referendum aus. Wie die SVP ist aber auch sie in der Frage gespalten; der Auns-Vorstand wird voraussichtlich noch im Oktober über eine Parole entscheiden.

## «Noch nicht gewonnen»

Die Präsidenten der anderen Parteien hatten bereits früher angekündigt, für ein Ja zu kämpfen. Die Abstimmung sei noch nicht gewonnen, sagte gestern SP-Generalsekretär Thomas Christen. Es sei deshalb wichtig, im Abstimmungskampf die wirtschaftlichen Vorteile zu zeigen und auch die Bedeutung der flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping in den Vordergrund zu rücken, um den Ängsten Rechnung zu tragen. Die FDP will sich mit zwei Komitees für die Vorlage engagieren, wobei eines ein Unternehmerkomitee ist, wie Generalsekretär Stefan Brupbacher sagte. Auch die CVP bekräftigte, sich mit Vehemenz für die Fortsetzung des bilateralen Wegs einzusetzen. Der Wirtschaftsverband Economiesuisse zählt darauf, dass das Volk auch dieses Mal der Personenfreizügigkeit zustimmt, nachdem die Erfahrungen damit sehr positiv seien. (ap/bin)

## Wertvolles Abwasser

**WÄRMENUTZUNG** Das Bundesamt für Energie (BFE) sieht gemäss einer Studie noch immer ein grosses Potenzial bei der Nutzung von Wärme aus Abwässern. Die Bezifferung der wirtschaftlich sinnvollen Investitionen gilt aber nach wie vor als schwierig.

Auf Grund der gegenwärtigen Rahmenbedingungen mit einem Heizölpreis von rund 100 Franken pro 100 Liter geht die Studie von einem wirtschaftlich realisierbaren Potenzial in der Grössenordnung von 2,12 Mrd Kilowattstunden pro Jahr aus, wie das BFE mitteilte. Dies entspräche dem Heiz- und Warmwasserbedarf von 600 000 Personen pro Jahr und werde heute nur zu einem Bruchteil ausgeschöpft. Als Hemmnisse für eine effiziente Nutzung gelten neben den lokalen Rahmenbedingungen die unberechenbaren Kosten auf dem Heizölmarkt, die Strukturen der Energieversorgung sowie die geringe Zahl an Initiatoren für einen Wärmeverbund, wie es in der Mitteilung heisst. (ap)

# Anklage gegen Zigarettenmafia

Bisher grösster Fall von organisiertem Verbrechen in der Schweiz – zehn Mitglieder der Zigarettenmafia kommen vor Gericht

Die Bundesanwaltschaft klagt zehn mutmassliche Exponenten einer italienisch-schweizerischen Zigarettenmafia beim Bundesstrafgericht in Bellinzona an. Es geht um Zigarettenmuggel und Geldwäsche im Umfang von weit über einer Milliarde Dollar seit 1990.

Qualifizierte Geldwäscherei in Milliardenhöhe sowie Beteiligung an beziehungsweise Unterstützung einer kriminellen Organisation lautet die Anklage gegen die zehn Beschuldigten in der Schweiz, wie die Bundesanwaltschaft (BA) gestern mitteilte. Fünf Schweizer sowie drei Italiener, ein Spanier und ein Franzose sollen in der Schweiz für die Mafia-Organisationen in Kampanien und Apulien eine Drehscheibe eingerichtet

haben, über die während mehr als zehn Jahren kriminelle Gelder gewaschen und der internationale Zigarettenmuggel mit Montenegro abgewickelt wurde.

## In Tessiner Wechselstuben

«Seit Beginn der 90er-Jahre bis Anfang 2001 wurde praktisch der gesamte Geldfluss des via Montenegro ablaufenden Zigarettenmuggels der kriminellen Organisationen Camorra und Sacra Corona Unita über den schweizerischen Finanzplatz abgewickelt», schreibt die Bundesanwaltschaft, und weiter: «Es wurden in diesem Zeitraum vornehmlich durch die Investition in den von den kriminellen Organisationen beherrschten italienischen Zigarettenmarkt Milliarden US-Dollar gewaschen.»

Der Kreislauf funktionierte laut Bundesanwaltschaft wie folgt:

Geldkurier schleusten riesige Bargeldsummen, darunter namentlich kriminelle Gelder der beiden Mafia-Organisationen, über Tessiner Wechselstuben ins Schweizer Bankensystem. Das Geld wurde Strohmännern und zwischengeschalteten Firmengeschrieben, in Buchgeld umgewandelt und in den legalen Finanzkreislauf eingespeist. Anschliessend wurden diese Mittel auf dem weltweiten Parallelmarkt in ungesteuerte Zigaretten investiert und die Ware auf dem Luft-, See- und Landweg nach Montenegro transportiert.

## Neapolitanischer Schwarzmarkt

In dem Land, das sich in den 1990er-Jahren wegen des UN-Embargos in der politischen Isolation befand, eröffnete sich den Machthabern gemäss BA durch die Erteilung von Exklusivlizenzen und die

Erhebung von Transitgebühren für die geschmuggelten Zigaretten eine neue Einnahmequelle. Ausgelöst wurden die Zigaretten schliesslich von den italienischen Mafia-Organisationen, die so den Gegenwert für ihre im Tessin investierten Gelder zurückerhielten. Mit Schnellbooten wurden die Zigaretten über die Adria nach Apulien geschafft und von dort gewinnbringend auf den Schwarzmarkt in Neapel und Apulien geworfen.

## Ermittlungen seit 2002

Die Ermittlungen in der Schweiz begannen im Jahre 2002 und führten im Juni 2003 zu einem formellen Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft. Ende August 2004 wurden in einer koordinierten Aktion in den vier Kantonen Tessin, Jura, Waadt und St. Gallen acht Personen verhaftet. Später kamen zwei weitere Beschuldigte